



# Bundesregierung muss Ausbildungssuchende fördern - nicht Arbeitgeber

**Pressemitteilung von Nele Hirsch, 20. Juni 2007**

**Die Bundestagsfraktionen der Großen Koalition haben sich zur Lösung der Ausbildungsmisere gestern auf den Bundestagsantrag „Junge Menschen fördern - Ausbildung schaffen und Qualifizierung sichern“ verständigt. Nele Hirsch, bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, erklärt dazu:**

Die Große Koalition speist Tausende von Jugendlichen, die ohne Ausbildungsplatz auf der Straße stehen, mit billigen und kurzfristigen Praktikumsplätzen ab oder verdrängt sie in einen subventionierten Niedriglohnsektor mit kaum vorhandenen Qualifizierungsmöglichkeiten. Als Antwort auf den Rückzug der Unternehmen aus der betrieblichen Ausbildung kündigt sie eine finanzielle Belohnung für ausbildende Betriebe an. Das ist eine unsoziale und deshalb falsche Politik, die vor Unternehmerinteressen buckelt und diese über das Recht der Jugendlichen auf Ausbildung stellt. Die Ausbildungsmisere lässt sich auf diese Weise nicht lösen.

DIE LINKE lehnt die Vorhaben der Koalition ab. Wir setzen uns für ein uneingeschränktes Recht auf Ausbildung für alle Jugendlichen ein. Dazu muss die im Grundgesetz festgelegte Verpflichtung der Unternehmen zur Bereitstellung von Ausbildungsplätzen endlich wirksam von der Politik umgesetzt werden. Es ist ein Hohn für alle Jugendlichen, die sich bereits seit mehreren Jahren um einen Ausbildungsplatz bemühen, wenn Unternehmen nach wie vor nicht zur Verantwortung gezogen werden, sondern erst durch finanzielle Anreize zur Ausbildung bereit sind. Die richtige Antwort auf die dramatische Situation auf dem Ausbildungsmarkt wäre die Einführung einer gesetzlichen Ausbildungsplatzumlage: Wer nicht ausbildet, muss zahlen.